

Der unruhige Blick nach vorn. Zukunftsangst und Institutionenskepsis im Lichte neuerer empirischer Befunde

Einleitung

In der jüngeren Diskussion zur Entwicklung der „inneren Chemie“ des deutschen Wohlfahrtsstaats ist häufig von der Verbreitung eines Gefühls allgemeiner Verunsicherung die Rede, wobei die Nachhaltigkeit seines Versorgungsversprechens sowie die Chancen zukünftiger Generationen angesprochen werden (für viele: Nachtwey 2016). Obwohl diese Diskussion zuletzt stark vom Thema Zuwanderung dominiert wurde, scheint sich in der politischen Soziologie bzw. in der mit der Beobachtung von Stimmungslagen befassten Fachöffentlichkeit seit Längerem die Überzeugung durchzusetzen, dass es bei dieser Verunsicherung um mehr geht als die Konfrontation mit fremden Kulturen. Gewiss hat letztere maßgeblich dazu beigetragen, dass es bei den letzten Bundestagswahlen ein in der Nachkriegsgeschichte einmaliges Votum für die extreme Rechte gegeben hat. Dass sich nun aber mit der sog. „Alternative für Deutschland“ eine „Partei der Zukunftsangst“ (SZ 7./8.10.2017) fest im politischen System des Landes etablieren konnte, kann sicher auch als Indiz für eine massive, auf persönliche Lebensperspektiven bezogene Beunruhigung in nennenswerten Teilen der Bevölkerung gewertet werden.

Vorliegender Beitrag beleuchtet diese Beunruhigung am Beispiel der *Alterssicherung*, wobei u.a. auf Ergebnisse einer eigens dafür in Auftrag gegebenen repräsentativen Bevölkerungsumfrage zurückgegriffen wird. Ausgehend von der Beobachtung eines folgenreichen Paradigmenwandels in der sozialpolitischen Bearbeitung des „Altersrisikos“ für die nicht (hinlänglich) mit Vermögen ausgestattete Bevölkerungsmehrheit untersuchen wir, ob und inwiefern Erfahrungen mit dem „neuen Rentenmodell“ (Bode/Wilke 2014) Zukunftsängste¹ mit sich bringen und wie die Befürchtung einer Unterversorgung im Ruhestand mit Haltungen zu jenen Institutionen korrespondiert, von denen gemeinhin erwartet wird, dass sie die Alterssicherung funktionsfähig halten bzw. machen.

1 In diesem Beitrag wird nicht systematisch zwischen Sorgen, Ängsten und Befürchtungen unterschieden. Den genannten Begriffen sind zwar jeweils spezifische Akzentuierungen bzw. Sinnbezüge inhärent, diese spielen aber für die hier angestrebte Argumentation keine tragende Rolle.

Grundlegend sind dabei zwei sich im Zeitverlauf verfestigende Umstellungen in der Alterssicherungspolitik (vgl. im Überblick Hinrichs 2017):

- einerseits die politisch herbeigeführte, sukzessive Abschmelzung des Versorgungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung, welche schon jetzt – medial breit diskutierte – Effekte zeitigt (v.a. einen Anstieg des Armutsrisikos beim Renteneintritt) und, sofern die Weichenstellungen der rot-grünen Rentenreformen nicht korrigiert werden, dafür sorgen wird, dass zahlreiche Bürger*innen (auch solche mit relativ vollständigen Erwerbsbiografien) im Ruhestand nur mehr Sozialversicherungsleistungen auf Grundsicherungsniveau erhalten;
- andererseits der Aufbau einer neuen, öffentlich geförderten kapitalgedeckten Säule, die indes seit Ausbruch der Finanzkrise als wenig einträglich gilt und zudem eine Konstellation schafft, bei der die Bürger*innen auf einem komplexen, von Einkommensinteressen der Anbieter geprägten Markt für Finanzdienstleistungen agieren und eigene Versorgungsbedürfnisse in einer fern liegenden Zukunft mit anderen Wohlfahrtszielen spekulativ abwägen müssen. Letztlich gehört zu dieser Säule auch die betriebliche Altersvorsorge, für die kürzlich die öffentliche Förderung erweitert worden ist, aber dennoch – weil Leistungszusagen bzw. nominale Kapitalerhaltsgarantien obsolet werden – evident ist, dass viele Sparer*innen sich mit Verlustrisiken auseinandersetzen müssen.²

Vor dem Hintergrund dieser Veränderungen ist in den letzten Jahren immer wieder auf Umfrageergebnisse verwiesen worden, denen zu Folge Teile der Bevölkerung Altersarmut oder einen Statusverlust beim Übergang in den Ruhestand befürchten. Auch in elaborierteren Untersuchungen zeigen sich solche Sorgen, wie wir weiter unten näher ausführen werden. Hinzu treten Ängste, die sich auf andere Rahmenbedingungen des Alterns beziehen: Seit längerem erwarten viele Bürger*innen eine unzulängliche Versorgung im Pflegefall.³ Sie scheinen zu spüren, dass in öffentlichen Diskursen viel über „fitte Senioren“ gesprochen wird, aber kollektiv nicht genügend Ressourcen und Energien bereit gestellt werden, um einer etwaigen Gebrechlichkeit im Alter zu begegnen (Aner 2018; Key/Culliney 2018). Die Aussicht auf ein geringes Einkommen im

2 Allerdings entlasten betriebliche Arrangements die Bürger*innen von eigenen Erkundungen am Altersvorsorgemarkt.

3 Beispielsweise gaben in einer FORSA-Umfrage für den Bundesverband der Verbraucherzentralen vom August 2017 53 % der Befragten an, finanziell für diesen Fall nicht ausreichend abgesichert zu sein. Diese Aussicht führt offenbar dazu, dass in der Bevölkerung die Sicherstellung der Pflegeversorgung ganz oben auf der Liste politischer Prioritäten steht (Giesselmann et al. 2017).

Ruhestand steht – angesichts absehbarer privater Belastungen bei Pflegebedürftigkeit – damit auch für die Angst vor einem unwürdigen Lebensabend.

Der objektive Hintergrund für all diese Befürchtungen wird durchaus kontrovers verhandelt. So finden sich in der öffentlichen Debatte immer wieder Hinweise darauf, dass das Rentenniveau in Deutschland momentan noch relativ stabil und für die übergroße Mehrheit auskömmlich sei. Tatsächlich liegt die Nettoersatzrate, die die Gesetzliche Rentenversicherung garantiert, aktuell bei ca. 50 %; nimmt man die freiwillige private Altersvorsorge hinzu, werden sogar 65 % erreicht – wobei die Werte für Personen mit höheren Einkommen niedriger ausfallen (OECD 2015). Für die Zukunft aber lässt sich aufgrund der o.g. Reformen ein Absinken dieser Quoten erwarten. So weist eine Studie von Haan et al. (2017), in der auf Basis von Simulationsrechnungen zukünftige Entwicklungen im deutschen Alterssicherungssystem prognostiziert werden, markante Tendenzen in diese Richtung aus. Der Analyse zu Folge wächst – je nach Arbeitsmarkt- und Kapitalmarktentwicklung – das Armutsrisiko von 67-jährigen von heute (2015-2020) 16,2 % auf rund 20 % ab 2030.⁴ Darüber hinaus zeigen verschiedene Projektionen, dass es – für den empirisch nicht unrealistischen Fall, dass private oder betriebliche Vorsorge nicht oder ohne größere Erträge betrieben wird –, auch für viele Bezieher*innen mittlerer Einkommen schwierig werden wird, den einmal im Erwerbsleben erreichten Lebensstandard zu halten (für viele: Bäcker 2016).

Zukunftssängste im Hinblick auf die Alterssicherung sind aber auch jenseits solcher Projektionen ein interessanter Untersuchungsgegenstand. Denn sie verweisen möglicherweise auf tiefer liegende Verunsicherungsdynamiken, die für die weitere gesellschaftliche Entwicklung *im Ganzen* folgenreich sein können. Instruktiv erscheint dabei der hier bestehende *lange Horizont* subjektiver Erwartungen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens lassen *akute* Ängste vor einer *fernen Zukunft* gravierende Irritationen vermuten, denn normaler Weise können Bedrohungen weit ab von der Gegenwart verhältnismäßig leicht verdrängt werden. Zweitens lenkt die sozialwissenschaftliche Befassung mit entsprechenden Sorgen die Debatte über aktuelle Verlust- oder Abstiegsängste in der Bevölkerung in eine Richtung, bei der in *institutionellen Arrangements* angelegte Verunsicherungspotenziale mehr Aufmerksamkeit erhalten und *strukturelle Spannungen* im gegenwärtigen Entwicklungsstadium kapitalistischer Demokratien im Fokus stehen. Eine solche Analyse von Angstdynamiken abstrahiert von we-

4 Ein besonders hohes Armutsrisiko wird für folgende Gruppen erwartet: Personen mit niedriger Bildung, alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose, Migrant*innen und Personen mit niedrigen Ansprüchen an die Gesetzliche Rentenversicherung. Bei Haushalten in Ostdeutschland soll das Armutsrisiko am stärksten steigen. So droht Neurentner*innen dort gegenüber denen in den alten Bundesländern ein ca. doppelt so hohes Armutsrisiko.

nig informativen statistischen Momentaufnahmen⁵ oder tagespolitischen Diskursen, in denen die verschiedensten Einflussfaktoren (Terror, Zuwanderung, Kriminalität, Überfremdung, digitale Ausgrenzung u.v.m.) als nicht mehr entwirrbares „Angstbündel“ erscheinen.

Eine Verknüpfung innerhalb dieses „Angstbündels“ bedarf dabei indes besonderer Aufmerksamkeit: nämlich der *Nexus zwischen Zukunftsängsten und dem allgemeinen Vertrauen in politische Institutionen*. Da diese Institutionen (bislang jedenfalls) als basale Regulatoren der Alterssicherung wahrgenommen wurden und diese Zuschreibung – folgt man vorliegenden Umfragebefunden (z.B. Heinrich et al. 2016) – noch immer besteht, ist von Interesse, wie sich die Bevölkerung zur Gestaltungsfähigkeit dieser Institutionen im Kontext eines pluralisierten und teilweise „dekollektivierten“ Rentenmodells (Bode 2015) verhält. Ohnehin erscheint für die Entwicklung von Wohlfahrtsstaaten essentiell, was die Bürger*innen von solchen Institutionen halten und sich von ihnen versprechen.

Dabei fragt sich – auch in Anbetracht des eingangs erwähnten Aufschwungs rechtsextremer Bewegungen –, ob ein erhöhtes Niveau an Zukunftsängsten mit einer *wachsenden Institutionenskepsis* einhergeht. Dahingehende Phänomene wurden in der jüngeren Vergangenheit meist unter dem Stichwort Politikverdrossenheit verhandelt. Zwar finden sich für letztere in der politischen Soziologie sehr unterschiedliche Beschreibungen und Erklärungen (vgl. Arzheimer 2002; Sörensen 2016; Lange 2018). Aber Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung wohlfahrtsstaatlicher Programme und Einstellungen gegenüber politischen Institutionen erscheinen nicht unplausibel. Sollte die auf die Verhältnisse im demokratischen Kapitalismus gemünzte Feststellung zutreffen, dass es „in der Politik darum (geht), all das zu erledigen, was durch die Ökonomie nicht selbst geleistet werden kann“ (Flatschart 2016: 87), dann kann beispielsweise die Wahrnehmung einer Ohnmacht politischer Institutionen im Kontext eines gleichzeitig für unumgebar gehaltenen Globalisierungsimperativs bzw. Standortwettbewerbs durchaus Spuren im Gefühlshaushalt der Bürger*innen hinterlassen. *Implizit* gibt es durchaus Indizien für Zusammenhänge zwischen (akuten oder erlebten) Unsicherheitsgefühlen und *Institutionsmisstrauen*, z.B. eine Korrelation der Ablehnung von Flüchtlingen mit fehlendem Vertrauen in Regierungen (Fröhlich et al. 2016) oder eine nachhaltige Politikverdrossenheit von Personen, die (v.a. am Anfang ihres Erwerbslebens)

5 Dies betrifft etwa Analysen neueren Datums, welche – z.B. vor dem Hintergrund einer zurückgehenden Arbeitslosigkeit – im Hinblick auf die Erfahrung von Existenzsorgen generell Erwartung geben (so etwa Lengfeld/Ordemann 2017) oder den Nachweis darüber zu erbringen versuchen, dass sich – v.a. auf Grund der jüngeren volkswirtschaftlichen Entwicklung – die meisten Deutschen zufriedener fühlten als je zuvor (Felbermayr et al. 2017).

Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und damit zusammenhängenden Diskriminierungen gemacht haben (Emmenegger et al. 2017).

Zwar argumentieren nicht wenige, dass sich entsprechende Drucksituationen mit der seit einigen Jahren in Deutschland erkennbaren wirtschaftlichen Prosperität abgeschwächt hätten, wodurch manche soziale Verwerfungen der Vergangenheit korrigiert und die Bürger*innen bezüglich ihrer persönlichen Entwicklung zuversichtlicher würden (Felbermayr et al. 2017). Vieles spricht allerdings dafür, dass das, was Etzemüller (2016: 47) als eine bis in die 1980er Jahre hinein wirkungsmächtige „Kolonialisierung der Zukunft durch die Institutionen der organisierten Moderne“ bezeichnet hat, mittlerweile ins Stocken geraten ist. Nach den Reformpolitiken der 2000er-Jahre und den Erfahrungen mit der Finanzkrise scheinen sich, so seine Beobachtung, wesentliche Teile der „Mittelklasse zwischen Stabilitätshoffnung und Abstiegsangst“ zu bewegen, während die Unterschicht als „von der Fortschrittshoffnung“ abgekoppelt gilt (ebd.: 51). Insofern ist der nachfolgend entfaltete empirische Blick auf Zukunftsängste im Hinblick auf die eigene Alterssicherung und auf damit eventuell korrespondierende Institutionenskepsis nicht nur für die rentenpolitische Diskussion von Bedeutung, sondern auch für eine allgemeinere Auseinandersetzung über die zukünftige Geschäftsgrundlage des demokratischen Kapitalismus.

Unser Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Der erste Teil enthält einen kurzen Überblick über vorliegende Studien zum Thema Verunsicherung und Vertrauen, wenn es um Alterssicherung geht. Im darauf folgenden Abschnitt präsentieren wir, nach einer kurzen Skizze unserer methodologischen Herangehensweise, Befunde einer neueren Studie zu subjektiven Erwartungen und Empfindungen hinsichtlich der eigenen Alterssicherung einerseits und Einstellungen zu für die Alterssicherung wesentlichen Institutionen andererseits, und zwar mit Blick auf Koinzidenzen zwischen Zukunftsängsten und bestehender Institutionenskepsis. In einem Schlusskapitel sollen die vorliegenden Befunde dazu genutzt werden, grundsätzlichere Überlegungen zu Verängstigungsdynamiken im neuen Wohlfahrtsstaat anzustellen.

2. Alterssicherung, Verunsicherung und Institutionenvertrauen: Schlaglichter der Forschung

Geht es um Alterssicherung und Verunsicherungstendenzen, muss zunächst geklärt werden, worauf sich solche Tendenzen hauptsächlich beziehen. Vor dem Hintergrund der wohlfahrtskulturellen Traditionen der deutschen Leistungsgesellschaft lässt sich hier unterstellen, dass der allgemein in Bezug auf den Ruhestand vorherrschende Erwartungshorizont auf *Lebensstandardsicherung* aus-

gerichtet ist (vgl. Bode/Wilke 2014: 70-95). Daneben wird zwar auch das Ziel einer „armutsfesten“ Rente öffentlich verhandelt, doch beziehen sich Diskurse zur Armutsproblematik meist auf Friktionen in der Erwerbsphase, also der Fähigkeit der Bürger*innen, sich in dieser Phase einen „normalen“ Lebensstandard und damit zusammenhängenden sozialen Status zu erarbeiten. Die entsprechende „Defizitdebatte“ fokussiert dabei einerseits (schon länger) die entsprechenden Restriktionen für das Gros der im 20. Jahrhundert verrenteten Frauen und andererseits (neuerdings) die Situation von Personenkreisen mit Perioden der Unterbeschäftigung bzw. niedriger Entlohnung. Dies impliziert, dass die Sollvorstellung bis heute die einer Sicherung des im Erwerbsleben erreichten Lebensstandards ist. Mithin beziehen sich, wenn es um die Zukunft der Alterssicherung geht, das entsprechende „Systemvertrauen“ sowie dessen Verunsicherung zuvorderst auf *diesen* Erwartungshorizont.

Demoskopische Befunde deuten nun an, dass diesbezüglich in der deutschen Bevölkerung durchaus nennenswerte Irritationen aufgetreten sind. So gaben im *ARD-Deutschlandtrend* vom März 2016 57 % der repräsentativ Befragten an, sie fühlten sich nicht hinlänglich für den Ruhestand abgesichert; zwei Drittel erklärten, die Politik könne Altersarmut nicht verhindern. Ähnlich lauten Befunde einer Befragung von Allensbach (vgl. FAZ 27.1.2016), in der 59 % „große Sorgen“ äußerten, dass die Rente nicht sicher sei. Laut einer vom BMAS in Auftrag gegebenen Studie zum Armuts- und Reichtumsbericht (Götte 2015: 40) erklärten sogar zwei Drittel der Befragten, sie sähen sich von einem hohen oder sehr hohen Armutsrisiko in der Ruhestandsphase bedroht. Vergleichbare Signale finden sich in den seit 1992 von der R + V Versicherung vorgelegten (ebenfalls umfragebasierten) „Angststudien“. In der letzten Erhebung (im Jahre 2017) befürchteten – ungeachtet eines allgemein gegenüber den Vorjahren sinkenden Sorgenniveaus – 37 % Einkommenseinbußen im Alter. Junge Menschen zeigen sich hier besonders skeptisch (vgl. Hurrelmann et al. 2016).


Schöneck et al. (2011) zeigen auf Basis einer Auswertung des SOEP 2011, dass Sorgen um sozioökonomische Positionierungen tatsächlich eher auf langfristige Entwicklungen bezogen sind. In der Untersuchung wurde zwischen kurzfristigen sozialen Risiken und langfristigen Abstiegsgefahren unterschieden. Dabei wird deutlich, dass die Sorge um den eigenen Lebensstandard im Alter sowie den der eigenen Kinder deutlich stärker ausgeprägt ist als die Befürchtung eines persönlichen Abstiegs in der näheren Zukunft. Akute Bedrohungsgefühle und unmittelbare Abstiegsängste waren hier nur bei bestimmten Gruppen vorzufinden, v.a. in unteren Einkommenschichten und bei Personen, die im Osten geboren sind. Zukunftspessimismus – verstanden als die Erwartung, dass einerseits der eigene Lebensstandard und andererseits der der nachfolgenden Generation(en) nicht aufrechterhalten werden kann – fand sich hier

jedoch in sämtlichen sozialen Schichten. Die Autor*innen schließen daraus, dass sich Verunsicherungsdynamiken (wenigstens) in der Mittelschicht nicht in der Erfahrung konkreter Unterversorgung bzw. effektiver Abstiege manifestierten, sondern in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse, welche die Perspektive von Stabilität bzw. sozialen Aufstiegen nicht mehr überzeugend vermitteln könnten.

Gewiss hängen entsprechende Wahrnehmungen immer auch von Wirtschafts- und wohl auch Diskurskonjunkturen ab, wie die mittlerweile zahlreichen Studien zur Abstiegsangst der Mittelschichten vor Augen führen. Nachdem es für die 1990er und 2000er Jahre deutliche Hinweise auf die Zunahme subjektiver Existenzängste gegeben hatte – welche nur teilweise mit objektiven Bedrohungen verbunden waren –, scheint sich diese Tendenz in den letzten Jahren verflüchtigt zu haben, jedenfalls wenn das Arbeitslosigkeitsrisiko zum Indikator erhoben wird. Lengfeld und Ordemann (2017) verweisen auf einen Rückgang entsprechender Ängste seit Ausbruch der Finanzkrise, nachdem die diesbezügliche Verunsicherung mittlerer Lagen von der Mitte der 1990er bis Mitte der 2000er Jahre markant angestiegen war.⁶ Im Zusammenhang mit Wahlanalysen im Vorfeld sowie Nachgang zur Bundestagswahl 2017 wurde demgegenüber darauf hingewiesen, dass bestimmte, der AfD zugeneigte Teile der Mittelschicht auch heute ausgesprochen zukunftspektisch eingestellt seien (Vehrkamp/Wegschaidt 2017: 60ff). Noch mehr haben – der gleichen Studie zur Folge – Zukunftsängste in unteren sozialen Lagen das Votum für die AfD befördert. Dies verweist auf Befunde zu Verängstigungsdynamiken in diesem Gesellschaftssegment, wie sie etwa Bude (2014) in seinen Feldstudien zur Arbeitswelt prekär Beschäftigter vorgelegt hat. Über solche Dynamiken informieren v.a. qualitative Untersuchungen (vgl. Betzelt/Bode 2017: 202f), die u.a. darauf verweisen, dass die harte Wirklichkeit dauerhafter Unsicherheit gerade dort für Ängste sorgt, wo der „totale“ Abstieg in Exklusion droht und zugleich wenig Optionen erkennbar sind, diese Bedrohung hinter sich zu lassen.

Man kann aus diesen Analysen allgemein schließen, dass nicht unter Gegenwartsbedingungen erfahrene oder für die nahe Zukunft antizipierte wirtschaftliche Deprivation, sondern das Empfinden von Unsicherheit in *längerfristiger Perspektive* und im Hinblick auf die *Entwicklung des eigenen sozialen Status* Zukunftsängste antreiben. Entsprechend wird gerade heute die Absiche-

6 Grundlage ihrer Beobachtung ist die Entwicklung von Statusverunsicherung bzw. Abstiegsangst innerhalb der Mittelschicht über einen Zeitraum von 30 Jahren, die die Autoren mit Hilfe von SOEP-Daten ermittelt haben. Zielvariable war die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Die jüngste Veränderung führen sie u.a. auf Wahrnehmungen internationaler Rahmenbedingungen zurück, etwa die Situation in Europa, da die Bevölkerung sich mit stärker von der Krise betroffenen Nationen vergleiche.

https://doi.org/10.5771/9783845206076_361 am 21.09.2024: 04:46:00
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

rung des Lebensabends Grund zur Beunruhigung. Oliveira und Ponomarenko (2017) haben diese Konstellation mit dem Begriff der *pension insecurity* belegt. Ausgehend von der Beobachtung, dass die Nettoeinkommensersatzraten beim Übergang in den Ruhestand (im Zeitraum ab 2007) in vielen Ländern der westlichen Welt teilweise deutlich zurückgeführt worden sind, untersuchen sie mentale Auswirkungen auf Personen, die selber noch nicht pensioniert sind. Betrachtet wird – auf Basis von Daten der SHARE-Studie für über 50-jährige in 18 europäischen Staaten – der Effekt von Rentenunsicherheit auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Rentenunsicherheit wird dabei als subjektive Erwartung operationalisiert, dass (sozial)politische Entscheidungen zur Absenkung des persönlichen Versorgungsniveaus im Alter führen werden. Die Studie plausibilisiert einerseits, dass diese Rentenunsicherheit für die untersuchte Gruppe tatsächlich angewachsen ist, und andererseits, dass sie einen eigenständigen Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat.⁷ *Pension insecurity* konzentriert sich dabei v.a. auf jüngere Kohorten, Personen mit geringem Einkommen und Personen, die über keine private Vorsorge verfügen. Sie erweist sich als eine Form ökonomischer Unsicherheit, deren Niveau von der individuellen Ressourcenausstattung, aber auch von Einschätzungen bezüglich der Fähigkeit von Regierungen abhängt, mit eben dieser umzugehen – also gewissermaßen mit „Institutionenoptimismus“.⁸

Nach wie vor zählt nun aber die Sicherstellung eines angemessenen Lebensstandards im Alter, neben der Gewährleistung einer umfangreichen Gesundheitsversorgung, zu jenen wohlfahrtsstaatlichen Zielen, für die sich – zumindest hierzulande – ein großer gesellschaftlicher Konsens beobachten lässt (Kohl 2016). Steht diese Sicherstellung in Frage, ist dementsprechend Beunruhigung zu erwarten. Tatsächlich legen vorliegende Studien nahe, dass das Design wohlfahrtsstaatlicher Institutionen bzw. dessen Veränderung sowie subjektive Einschätzungen zu ihrer Funktionstüchtigkeit die Bevölkerung nicht unberührt lassen. Anhaltspunkte für entsprechende Zusammenhänge liefern – wenigstens implizit – Studien zur Legitimität bzw. Beurteilung relevanter sozialpolitischer Institutionen auch im Bereich der Alterssicherung. Beispielsweise gibt es Hinweise darauf, dass die Legitimität der Gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland insofern angekratzt ist, als sie in den Augen der Bevölkerung ge-

7 Die Lebenszufriedenheit steigt mit bestehender Partnerschaft, vorhandenem Arbeitsplatz, Bildungsniveau, Vermögensverhältnissen und körperlichem Gesundheitszustand an; sie fällt für Personen mit negativen Erwartungen bezüglich ihrer Rente.

8 Die Autoren argumentieren ferner, dass der (in vielen Ländern) neuere rentenpolitische Fokus auf *private* Altersvorsorge einigen Bevölkerungsgruppen zwar ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln mag; auf lange Sicht könnte dies aber, weil hier neue Marktabhängigkeiten geschaffen würden, die Unsicherheit noch erhöhen.

genwärtig als wenig funktionsfähig und armutsfest betrachtet wird (Schmitz/Friedrich 2015). Umfragen zeigen zugleich, dass auch die private Altersvorsorge an Legitimität verloren hat (Haupt/Yollu-Tok 2014: 29).⁹ Folgt man Taylor-Gooby (2005) und seiner Untersuchung zum Vertrauen in staatliche und private Altersvorsorgearrangements, muss sich das Vertrauen in die verschiedenen Säulen der Alterssicherung übrigens nicht komplementär entwickeln; vielmehr können sich Einschätzungen zur Funktionsfähigkeit der entsprechenden Institutionen in die *gleiche* Richtung bewegen und dabei nach sozioökonomischen Merkmalen und Werthaltungen variieren.¹⁰

Hinweise zum Vertrauen in Institutionen, denen (auch) die Aufgabe zugeschrieben wird, die *Alterssicherung* zu organisieren, bieten ansonsten Untersuchungen, die sich allgemein mit Haltungen gegenüber Instanzen der politischen Demokratie befassen. Studien dieser Art wurden zuletzt v.a. durch institutionenkritische Bewegungen im Osten Deutschlands veranlasst.¹¹ Die vorliegenden Befunde scheinen inkonsistent, zumal wenn es um die Rolle „objektiver“ Lebenslagen bzw. materieller Faktoren geht. In Untersuchungen zur Verbreitung autoritärer Einstellungen fanden Decker et al. (2016) keine Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Positionen und Einstellungen gegenüber politischen Institutionen. Demgegenüber deuten mit Hilfe einer CATI-Befragung ermittelte Befunde von Belok und Faus (2017) an, dass subjektive Perspektiven auf die eigene materielle Lebenslage in Gegenwart und Zukunft sehr wohl in einem Zusammenhang mit Urteilen zur Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen stehen. Es zeigt sich in verschiedenen Milieus eine Koinzidenz zwischen Zukunftssorgen (welche sich auch im Empfinden von Überforderung manifestieren) und einer gewissen Demokratieskepsis: Erstere sind z.B. stark ausgeprägt in jenen Bevölkerungssegmenten, die die Autoren als „gehetz-

9 Zu berücksichtigen ist, dass viele Surveys zum fraglichen Thema von der Finanzwirtschaft lanciert werden. Dessen ungeachtet passen auch die Ergebnisse neuerer Befragungen ins Gesamtbild: So ergab eine Umfrage des „Deutschen Instituts für Altersvorsorge“ von Anfang 2017, dass das Vertrauen in *sämtliche* Formen der Alterssicherung seit 2010 deutlich rückläufig ist. Eine Befragung von *Union Investment* aus dem August 2017 relativiert diesen Befund nur scheinbar: Zwar fühlen sich 40 % der Befragten durch private Vorsorge abgesichert, aber die gleiche Anzahl von Personen erwartete, im Ruhestand einen Teil der Lebenshaltungskosten aus eigenen Ersparnissen decken zu müssen; die Mehrheit vermutet, den Lebensstandard nicht halten zu können.

10 Laut Taylor-Gooby vertrauten im konkreten Fall Großbritanniens (für Anfang der 2000er Jahre) interessanter Weise Arbeiter, Ältere, Personen mit geringer Bildung und Anhänger linker Parteien tendenziell stärker *beiden* Formen der Altersvorsorge. Andere soziale Gruppen hegten hingegen ein profundes Misstrauen gegenüber *sämtlichen* Institutionen des Alterssicherungssystems. <https://doi.org/10.5771/9783845288079-369>, am 21.08.2024, 04:58:00

11 Von dieser regionalen Dimension wird im Weiteren abgesehen. <https://www.nomos-elibrary.de/agb>

te Mitte“, „verdrossene Kleinbürger“ und „desillusionierte Abgehängte“ apostrophieren; letztere finden sich bei den beiden zuletzt genannten Gruppen, von denen bis zu 50 % nicht glauben, dass das demokratische System in Deutschland gut funktioniert.¹² Auch andere Autoren kommen zu dem Schluss, dass die Zufriedenheit mit demokratischen Verfahren bei Personen mit gehobenem sozioökonomischen Status und hoher allgemeiner Lebenszufriedenheit größer ist bzw. Deprivierte weniger zufrieden sind (Lange 2018: 121ff).

In eine ähnliche Richtung weisen Befunde zu den Profilen von Wähler*innen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 (vgl. Vehrkamp/Wegschaider 2017): Der Newcomer im Bundestag wird hier als „Protestpartei der sozial-kulturell Abgehängten und der sich sozial-kulturell bedrängt fühlenden Mitte“ (ebd.: 60) beschrieben, wobei zur Charakterisierung letzterer auf die aus den Sinus-Milieu-Studien bekannte Kategorie der „bürgerlichen Mitte“ rekurriert wird. Diese Bevölkerungsgruppe ist gekennzeichnet durch ein ausgesprochen starkes Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung sowie nach gesicherten Verhältnissen – wobei die Sorge um den eigenen Stuserhalt und die Kalkulierbarkeit des Lebens als zentrale Zufriedenheitskriterien gelten.

Solche Befunde legen nahe, dass die Erfahrung von Unsicherheit auch in Bezug auf die materiellen Bedingungen *in späteren Lebensphasen* Einfluss auf Einschätzungen zu Institutionen haben kann, welche gemeinhin als Hüter des Alterssicherungssystems begriffen werden. Dabei ist freilich auch relevant, wie entsprechende Zusammenhänge im Hinblick auf die Rolle jener *privatwirtschaftlichen* Instanzen ausfallen, die in Folge der Rentenreformen der Vergangenheit die Rolle der Sozialversicherung teilweise ersetzen sollten. Zudem muss beachtet werden, dass ein negatives Urteil über das aktuelle Leistungsvermögen wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen nicht umstandslos impliziert, dass letztere *grundsätzlich* abgelehnt werden. So argumentiert Ullrich (2008: 241), dass die seit Längerem festzustellende Skepsis bezüglich der für die Organisation der Daseinsvorsorge zuständigen Institutionen „keine Abkehr vom Wohlfahrtsstaat“ signalisiert, „sondern 'nur' der Ausdruck einer Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand des Systems der sozialen Sicherung“ sei. Allerdings fragt sich, was passiert, wenn diese Institutionenskepsis von Dauer ist und mit allgemein unsicheren Lebensverhältnissen einhergeht. Wesentlich erscheint, inwiefern diese Skepsis – was selten unmittelbar betrachtet wird – in der Bevölkerung mit Zukunftsperspektiven betreffenden Unmutgefühlen korrespondiert, weil für diesen Fall erratische Reaktionen erwartet werden können.

12 Der Wert steigt bis auf über 75 % bei „sozial-Abgehängten“ in Ostdeutschland.

2. Eigene Analysen

Um den aktuell bezüglich des späteren Ruhestands vorherrschenden, subjektiven Zukunftsperspektiven der deutschen Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt emotionaler Dynamiken und ihres Zusammenhangs mit Institutionenvertrauen auf den Grund zu gehen, haben wir 2016 und 2017 eine Reihe von Analysen durchgeführt, welche größtenteils auf eigenständig entworfenen, standardisierten Befragungsinstrumenten beruhen.¹³ Nachfolgend skizzieren wir kurz die Datenbasis sowie den methodologischen Zugriff, bevor einige zentrale Befunde zur Darstellung kommen.¹⁴

Daten und Methoden

Die im Weiteren präsentierten Analysen basieren wesentlich auf einer repräsentativen Befragung, die im Januar und Februar 2017 bei einem etablierten Meinungsforschungsinstitut durchgeführt wurde. Die Stichprobe umfasste 500 Personen im Alter zwischen 36 und 58 Jahren. Damit sollte die Gruppe der Befragten um Personen bereinigt werden, die schon den Ruhestand angetreten haben oder sich mutmaßlich mit selbigem noch nicht sehr ausgiebig beschäftigt haben. Die Ansprache erfolgte über zufällig generierte Mobilfunk- oder Festnetzanschlüsse sowie mit einer Quotenauswahl nach Alter, Geschlecht und Bundesländern (vgl. Gabler/Häder 2002). Ein Vergleich mit auf die gleiche Altersgruppe bezogenen SOEP-Daten zeigt, dass die Stichprobe für gängige soziodemografische Variablen weitestgehend repräsentativ ist¹⁵ (vgl. dazu die Tabelle A1 im Anhang).

Als Vergleichsgruppe wurde eine Stichprobe aus Studierenden der Sozialen Arbeit an der Universität Kassel herangezogen; diese wurden mit dem gleichen Instrument befragt, allerdings bei physischer Anwesenheit. Die dabei befragten Personen sind wesentlich jünger, haben eine (leicht) überdurchschnittliche Schulbildung und ein vergleichsweise niedrigeres Einkommen.¹⁶ Zudem ist der Frauenanteil deutlich höher als in der Gruppe der Telefonumfrage. Mit diesem Sample wird also eine spezifische Teilpopulation betrachtet. Jedoch unterstellen

13 Die Durchführung der Studie wurde durch die *Zentrale Forschungsförderung* der Universität Kassel finanziell unterstützt. Wir danken Felix Wilke für die intensive Beteiligung an den Vorbereitungen.

14 Einige Ergebnisse dokumentieren wir im Anhang.

15 Bezüglich des Bildungsstandes zeigt sich, dass Befragte mit hohem Bildungsabschluss überrepräsentiert sind.

16 Befragt wurden im April 2017 281 Personen in einem PAPI-Modus; mehr als die Hälfte war erwerbstätig, der Median des gewichteten Haushaltseinkommens lag bei 1.154 Euro.

wir, dass sie sozioökonomisch relativ „mittig“ strukturiert ist: Es handelt sich einerseits um angehende Akademiker*innen, die andererseits nur teilweise bildungsbürgerlichen Schichten entstammen (ein großer Teil hat lediglich Fachhochschulreife). Die nachfolgend in Tabellen und Schaubildern ausgewiesenen Befunde beziehen sich sämtlich auf die erste Stichprobe (Personen mittleren Alters), interessante Ergebnisse aus der zweiten Befragung finden im Text Erwähnung.

Was die *Gegenstände* der Befragungen betrifft, so waren zunächst die Erwartungen und Annahmen bezüglich des eigenen Lebensstandards im Alter von Interesse. Das Untersuchungsinstrument enthielt Fragen dazu, welche Einkommensersatzrate die Proband*innen im Ruhestand für notwendig erachten würden, um ihren Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Es sondierte überdies, welche Ersatzrate sie tatsächlich (mit und ohne zusätzliche Altersvorsorge) für sich erwarteten. Faktische Ersatzraten können zwar durch die Befragten kaum prognostiziert werden, aber das Studiendesign ermöglichte es, darauf bezogene subjektive Erwartungen zu ermitteln und so die Perspektive auf den vermuteten Lebensstandard im Alter zu richten. Erhoben wurden zudem Informationen zum persönlichen Altersvorsorgeportfolio sowie zu Einschätzungen bezüglich der Funktionsfähigkeit der verschiedenen Säulen der Alterssicherung.

Einen Schwerpunkt des Surveys bildeten dann die oben diskutierten Aspekte der Zukunftsangst und der Institutionenskepsis. Gefragt wurde einerseits, inwiefern die Proband*innen „Angst in Bezug auf den späteren Lebensstandard im Alter“ empfänden, und zwar im Vergleich mit einem Ausblick auf vergleichbare Befürchtungen in Bezug auf die nächsten 12 Monate.¹⁷ Die Frage war sehr direkt – man kann vermuten, dass solche Ängste in Befragungen vielfach nicht offen eingeräumt werden, die gemachten Angaben also das Phänomen eher unterschätzen. Andererseits gab es Items bezüglich des subjektiven Vertrauens, das die Befragten in verschiedene, potenziell mit der Alterssicherung assoziierbare Institutionen haben. Hier ist zu bedenken, dass auch die Ablehnung von grundlegenden politischen Institutionen mitunter nicht explizit deklariert wird – so dass ein entsprechendes Misstrauen in solchen Umfragen eher unterschützt wird.

17 Der Einbau der Frage nach auf die unmittelbare Zukunft bezogenen Ängsten hat verschiedene Funktionen: Nachfolgend helfen Befunde zu dieser Frage v.a. bei dem Versuch, das besondere „Verängstigungspotenzial“ herauszufiltern, welches im Hinblick auf die Versorgung *des Alters* besteht. Die Differenz zwischen diesem Potenzial und der auf die nahe Zukunft bezogenen Verunsicherung deutet zudem an, dass es nicht einfach ein *generelles* Unsicherheitsgefühl ist, dass den Ausschlag gibt für (teilweise) zustimmende Antworten auf die Frage nach *auf die Alterssicherung bezogenen* Sorgen. Anders gewendet: Sie deutet auf die Relevanz *gegenstandsbezogener* Befürchtungen hin.

Dort, wo Antworten auf die Fragen fünf-stufig erfasst worden waren, wurden sie teilweise zu Zwecken einer übersichtlichen Darstellung bei der Auswertung auf drei Kategorien reduziert. Den Analysen liegen aber die ursprünglichen Variablen zugrunde. Wir präsentieren nachfolgend (teilweise im Anhang) eine Reihe von deskriptiven Befunden sowie einige multivariate Analysen. Zur Erklärung der Angst vor einem Abstieg im Alter und dem Vertrauen in Institutionen wurde auf Regressionen zurückgegriffen.¹⁸ Alle Effekte sind im Hinblick auf soziodemografische bzw. sozioökonomische Variablen (Alter, Geschlecht, Region, Partnerschaft, Haushaltsgröße, Bildung und Einkommen¹⁹) kontrolliert.

Ergebnisse

In unserer Betrachtung von subjektiven Erwartungen zur Einkommenslage am Lebensabend interessiert zunächst die *Wahrnehmung von „Versorgungslücken“*²⁰. Diese scheinen aus Sicht der Befragten zunächst nicht besonders eklatant: Betrachtet man den Durchschnitt, dann glaubte das Gros der Proband*innen, durch die Kombination verschiedener Einkommensquellen im Alter mindestens gleich hohe Altersbezüge erreichen zu können wie in der Gegenwart – also genügend Einkünfte zu erzielen, um ihren vor dem Ruhestand erreichten Lebensstandard aufrecht erhalten zu können. Tabelle 1 zeigt zudem, dass der überwiegende Teil der Befragten auf mehr als eine Einkommensquelle im Alter zurückgreifen kann. Die gesetzliche Rentenversicherung bildet aber für 85 % der Befragten weiterhin eine zentrale Säule der Alterssicherung – allerdings eine, die, wie die Befragung zeigt, nicht als Garant des Lebensstandards begriffen wird. Immerhin 69 % erklärten, sie erwarteten weitere Alterseinkommen neben den Zahlungen der Rentenversicherung.

18 Analysen mittels des *ordered logit*-Verfahrens haben ergeben, dass die Abstände zwischen den Antworten bezüglich der 5-stufig erfragten Variablen als näherungsweise äquidistant angenommen werden können, was die Nutzung eines klassischen linearen Regressionsmodells möglich macht.

19 Konkret: das äquivalenzgewichtete Haushaltsnettoeinkommen.

20 Dieser Begriff entstammt dem Jargon der Finanzwirtschaft und ‚untermal‘ deren Versuche, Kunden von Vorsorgeprodukten zu überzeugen. Er wird hier lediglich zur Kennzeichnung einer Differenz zwischen Einkommensansprüchen und dem durch die Säulen des Alterssicherungssystems prospektiv erwartbaren Einkommensniveau im Alter verwendet.

Tabelle 1: Quellen erwarteter Alterseinkommen

Erwartetes Alterseinkommen aus ...	Anteil der Befragten in %
Gesetzliche Rentenversicherung	85
Zusätzliche Altersvorsorge:	
Private Rentenversicherung	42
Lebensversicherung	21
Zusatzversorgung/Betriebsrente	24
Zusatzversorgung des ö.D.	12
Beamtenpension	8
Berufsständisch	4
Sonstiges	17
Keinerlei zusätzliche Altersvorsorge	18
weiß nicht	2
mehr als einer Einkommensquelle	69

Durchschnittlich meinten die Befragten, dass eine Einkommensersatzrate von mindestens 78 % notwendig sei, um ihren Lebensstandard im Ruhestand aufrechterhalten zu können.²¹ Dabei lässt sich das Niveau der erwarteten (bzw. antizipierten) Ersatzrate nicht durch das Geschlecht oder andere soziodemografische Faktoren erklären. Allerdings zeigt sich für Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen zwischen 1.500 und 1.900 Euro ein abweichendes Muster: Diese Befragten gehen von einer Ersatzrate aus, die fast 15 Prozentpunkte höher liegt als die, die vom untersten Einkommensquintil durchschnittlich angegeben wurde. Abweichungen in diese Richtung sind bei Personen in gehobenen Einkommensschichten nicht signifikant.²² An der Schwelle zur Armut ahnt man offenbar den Bedarf an hohen Einkommensersatzraten; darunter hegt man vielleicht keine ‚großen Erwartungen‘ mehr. Gleichzeitig hat die *Anzahl* der erwarteten Alterseinkommensarten – erwartungsgemäß – einen starken Effekt auf die Höhe der erwarteten Ersatzrate (vgl. Tabelle 2). Die Befragten haben offenbar ‚verstanden‘: Ohne den Einstieg in das Mehrsäulenmodell ist sozialer Abstieg im Alter vorprogrammiert.

21 Der Wert bei den Studierenden lag unwesentlich höher. Das, was sie als Ersatzrate *antizipierten*, bewegte sich um 10 % unterhalb dessen, was die Antworten der CATI-Gruppe auswiesen.

22 Die Regressionstabelle A3 (im Anhang) illustriert die Befunde im Einzelnen.

Tabelle 2: Erwartete Einkommensersatzraten im Alter

Subjektive Einschätzung zu persönlicher Einkommensersatzrate (ER) im Alter	Median
(1) Notwendige ER	78 %
(2) Erwartete ER (GRV)	54 %
(3) Erwartete ER (alle Alterseinkommen)	70 %
(4) Differenz: (1)-(2) (GRV)	22 %
(5) Differenz: (1)-(3) (alle Alterseinkommen)	1 %

	Anteil der Befragten in %
kann Angaben machen zur notwendigen ER	85
kann Angaben machen zur erwarteten ER	73
erwartet eine ER, die mindestens 10 % unter der notwendigen ER liegt	27

Immerhin sah ein Drittel der Befragten, auch unter Hinzuziehung zusätzlicher privater Alterseinkommen, den Lebensstandard im Alter als gefährdet an. Nur 38 % der Interviewten gaben an, sie würden keinesfalls erwarten, sich im Alter „erheblich einschränken“ zu müssen.²³ Bei der Vergleichsgruppe der Studierenden (also der zweiten Umfrage) lag dieser Wert lediglich bei 16 %. Dies führt zur Frage danach, ob im Hinblick auf die Versorgung des Ruhestands *manifeste Ängste* bestehen. Wie schon eine Reihe anderer Umfragen belegt auch unser Survey, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung einen sozialen Abstieg im Alter befürchtet. Das liegt nicht zwingend an einer *generalisierten* Ängstlichkeit bei den betreffenden Gruppen. Denn auf die *nahe* Zukunft bezogene Befürchtungen fallen bei vielen geringer aus, die langfristige Perspektive bereitet größere Sorgen. Immerhin 19 % der Befragten gaben an, starke oder sehr starke Befürchtungen diesbezüglich zu haben, weitere 17 % antworteten: teils/teils.²⁴ Bei den Teilnehmer*innen unserer Studierenden-Befragung lag der Wert bei 38 % respektive 30 % – offenbar sind junge Leute hier besonders besorgt.

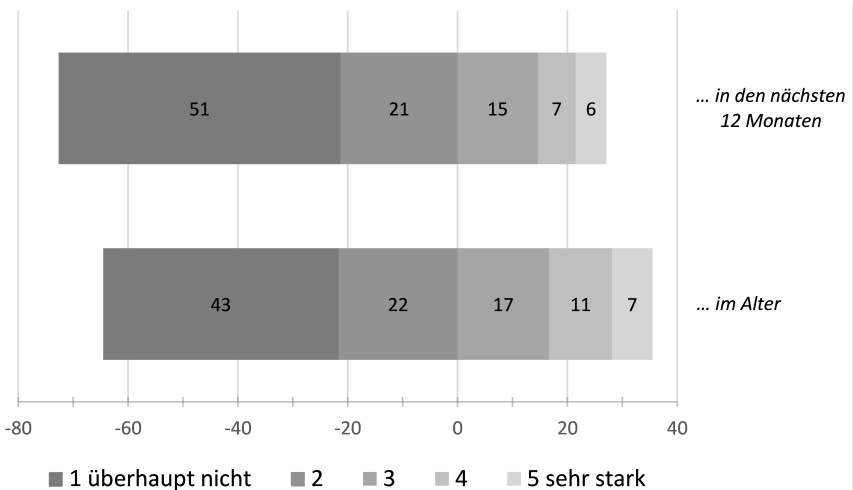
Betrachtet man das Profil derjenigen, die entsprechende Ängste artikulieren, so ist augenfällig, dass die sich so äußernden Proband*innen soziodemografisch relativ breit zu streuen scheinen (Abbildung 2). Zwar äußern Männer und Personen in Partnerschaften etwas seltener Angst vor dem Abstieg im Alter. Zudem fällt mit zunehmendem Alter und Einkommen die Wahrscheinlichkeit, entsprechende Befürchtungen zu hegen – was wenig überrascht, weil mit

23 Tabelle A2 (im Anhang) zeigt die Werte im Detail.

24 Bei unseren Auswertungen unterstellen wir, dass schon eine gewisse Unentschiedenheit bei der Konfrontation mit der Frage, ob Ängste bestehen oder nicht, auf Verunsicherung hinweist (deshalb setzen wir – in Abbildung 1 – die Scheidelinie 0 auch diesseits der ‚teils-teils-Antwort‘).

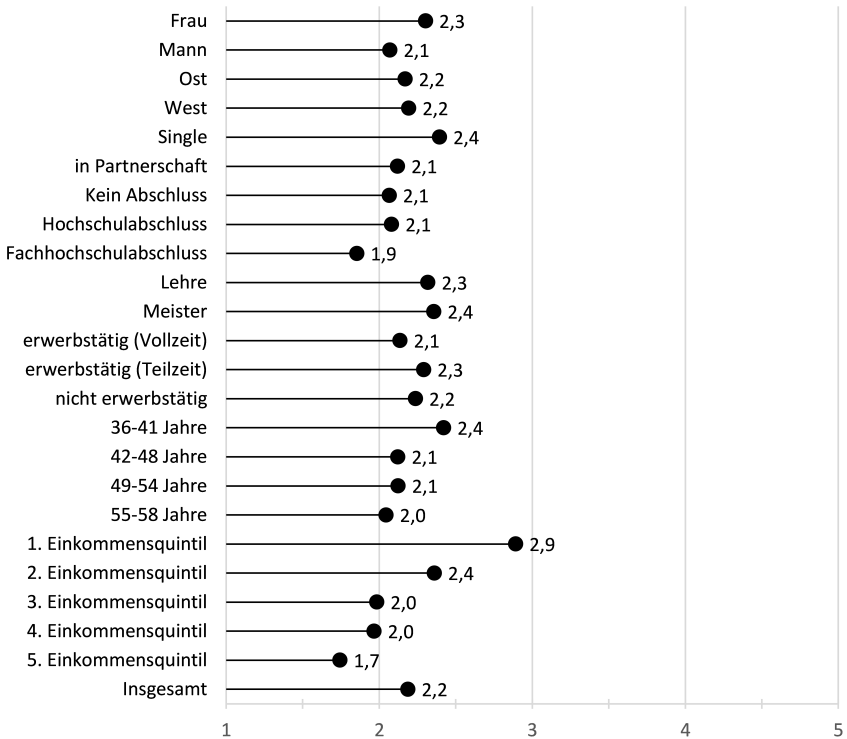
höherem aktuellen Wohlstand und zeitlicher Nähe zum Renteneintritt diesbezüglich wohl auch weniger Grund zur Sorge besteht. Aber Region, Haushaltsgröße, Bildung und Erwerbsstatus haben, wie die multivariate Analyse zeigt, keinen Effekt.²⁵ Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass insgesamt ein linearer Zusammenhang zwischen Wohlstand und (relativer) Sorgenlosigkeit besteht, was intuitiv naheliegend erscheint. Mittelschichtssegmente im dritten und vierten Einkommensquintil sind deutlich weniger ängstlich als Personenkreise aus den beiden Quintilen darunter – aber gleichzeitig um einiges mehr besorgt als die Spitzengruppe. Insgesamt findet man, abgesehen von den besonders Wohlhabenden, Angst vor einem abnehmenden Lebensstandard im Alter über Milieugrenzen hinweg.

Abbildung 1: Angst bezüglich des eigenen Lebensstandards, Anteilswerte in % je Angstniveau



25 Tabelle A4 (im Anhang) weist die Befunde im Detail aus und zeigt, dass unter wechselseitiger Kontrolle – im Gegensatz zum Mittelwertvergleich – nur das Geschlecht und die zeitliche Nähe zur Verrentung sowie das Einkommen einen starken Effekt auf den Ruhestand betreffende Ängste haben. <https://doi.org/10.5771/9783845288079-369>, am 21.08.2024, 04:58:00

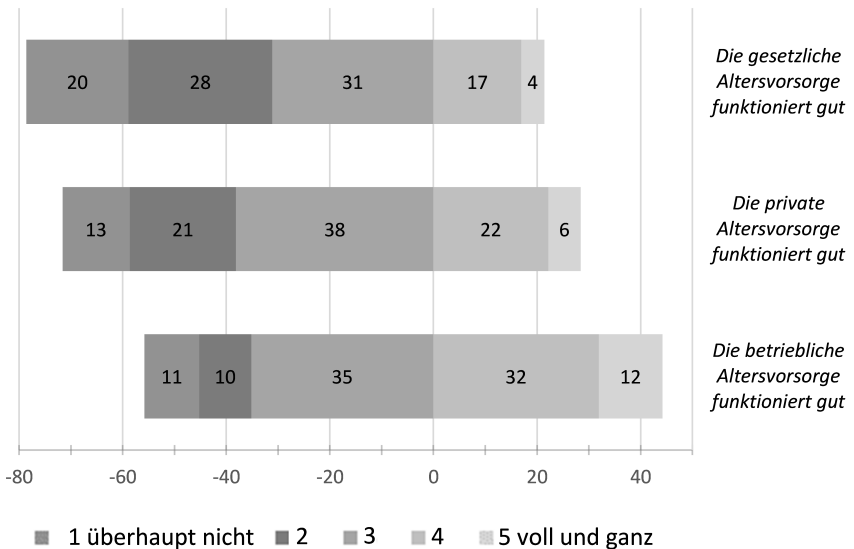
Abbildung 2: Angst bezüglich des eigenen Lebensstandards im Alter nach soziodemografischen Variablen (Mittelwerte)



Geht es nun um die Frage, welche *Korrelationen oder Koinzidenzen zwischen Zukunftsangst und Institutionenskepsis* bestehen, ist zunächst von Bedeutung, welche Institutionen als für die Organisation der Alterssicherung zuständig gesehen werden. In Übereinstimmung mit früheren Befunden, aber durchaus akzentuierter, wird in unserem Survey der Staat – und mit ihm wohl die Gesetzliche Rentenversicherung – von den Befragten primär oder wesentlich in der Verantwortung gesehen. Fast drei Viertel sind der Auffassung, dass bei der Organisation der Alterssicherung die öffentliche Hand gefragt ist. Für die, die hier gar nicht zustimmen (29%) oder sich unentschieden zeigen, sind es dann eher – wenigstens implizit – privatwirtschaftliche Institutionen, denn das Alterssparen in „Eigenverantwortung“ kann ohne diese kaum gelingen.

Nun fällt gleichzeitig auf, dass sowohl letzteren als auch der Gesetzlichen Rentenversicherung nur von einer Minderheit attestiert wird, dass sie „gut funktionierten“ (siehe Abbildung 3). Zwar schneidet hier – was mit Befunden anderer Studien konform geht – die gesetzliche Rente besonders schlecht ab, doch stimmt der Aussage, dass die private Vorsorge gut funktioniert, auch nur ein Drittel der Befragten zu. Die betrieblichen Systeme werden positiver beurteilt – wobei zu beachten ist, dass kurz vor unserer Befragung eine Betriebsrentenreform verabschiedet worden war, in deren Kontext die vorherrschenden politischen und medialen Diskurse die Vorzüge dieser Form der Alterssicherung gegenüber allen übrigen explizit hervorgehoben hatten.²⁶

Abbildung 3: Funktionsfähigkeit der Säulen der Alterssicherung, Anteilswerte in % nach Zustimmung zu bestimmten Aussagen

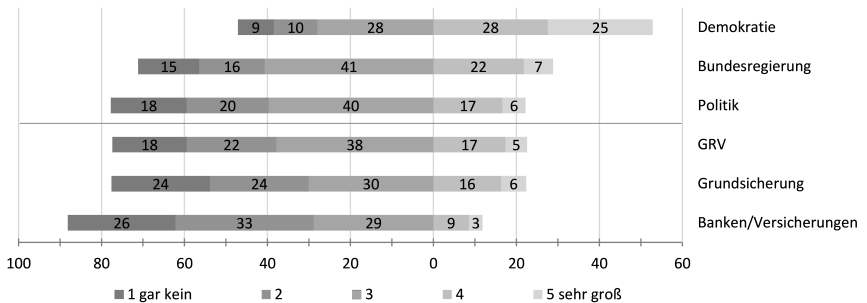


Angesichts der Tatsache, dass sowohl betriebliche als auch private Sparpläne durch Banken und Versicherungen administriert werden, war hier auch die Frage interessant, welches Vertrauen diesen Institutionen *allgemein* entgegengebracht wird. Abbildung 4 zeigt sehr deutlich, dass dieses Vertrauen um einiges

26 Immerhin 44 % der Befragten erklärten, dass die betriebliche Altersvorsorge „gut funktioniert“. 21 % waren gegenteiliger Ansicht.

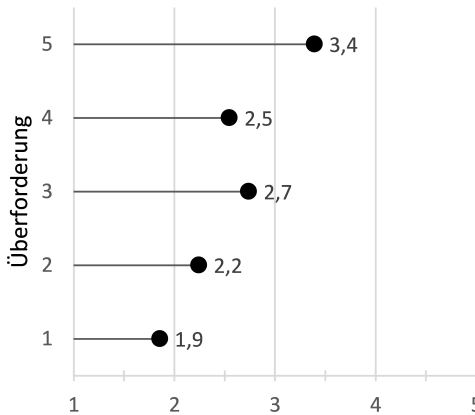
geringer ausfällt als jenes, das die Befragten in öffentliche, potenziell (auch) mit der Organisation der Alterssicherung betraute Institutionen setzen. Nur 12 % der Proband*innen äußerten ein großes oder sehr großes Zutrauen, drei Fünftel erklärten, dies sei bei ihnen (überhaupt) nicht der Fall. Die Vertrauenswerte für die Sozialversicherung lagen zwar knapp doppelt so hoch, zwei Fünftel der Befragten vertrauten jedoch auch der Gesetzlichen Rentenversicherung (gar) nicht. Unter denjenigen, die sich misstrauisch zeigten, finden sich im Übrigen v.a. Personen aus der höchsten Einkommensschicht (mit monatlichen Bezügen von über 3.000€), während mittlere Schichten hier eher *mehr* Vertrauen hatten. Die Grundsicherung schnitt noch schlechter ab als die Rentenversicherung. Ähnliche Größenordnungen ergaben sich, wo allgemein zum Vertrauen in die Politik gefragt wurde. Erheblich höhere Werte fanden sich hingegen für das Zutrauen in die Demokratie (allgemein).

Abbildung 4: Vertrauen in Institutionen, Anteilswerte in % je Vertrauensniveau



Was die Sozialversicherung betrifft, so ist – wenig überraschend – das Vertrauen bei denen besonders niedrig, die einen sozialen Abstieg im Alter befürchten. Das gleiche Muster findet sich allerdings auch bei den Urteilen zu den Institutionen der Finanzwirtschaft. Diesbezüglich ist auch bemerkenswert, dass Menschen, die ihr Leben insgesamt als übermäßig kompliziert betrachten, Zukunftsängste besonders stark artikulieren – sofern die Herausforderungen des Agierens am Vorsorgemarkt ein solches Überforderungsgefühl untermauern, erweist sich die gefühlte Notwendigkeit, hier erfolgreich tätig zu werden, mithin als Angsttreiber (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Überforderung und Angst bezüglich des eigenen Lebensstandards im Alter (Mittelwerte)



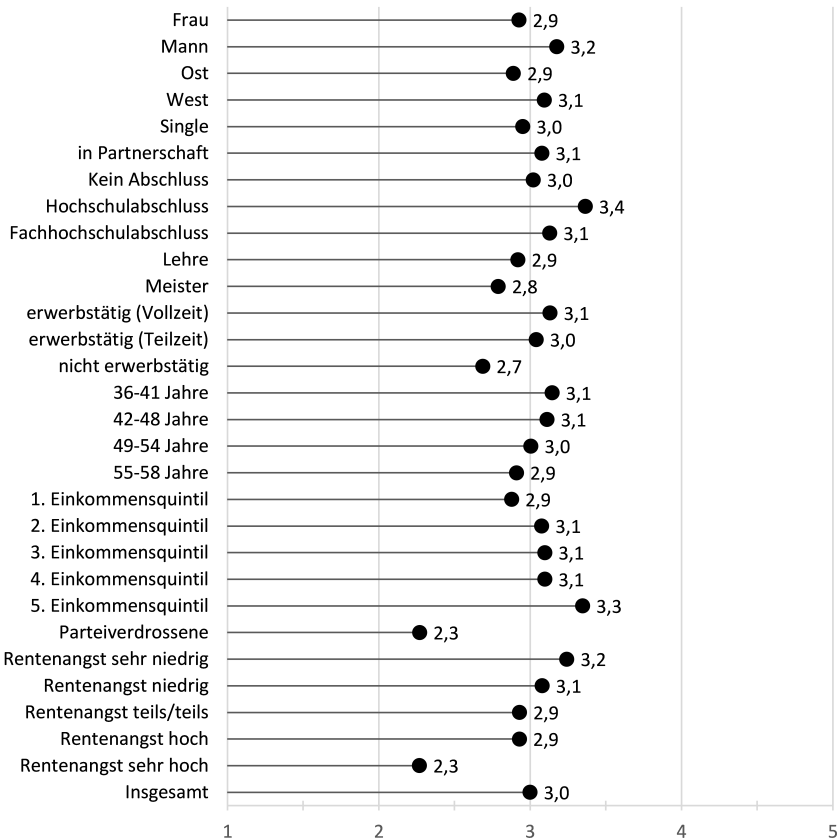
Überforderung = Stärke der Zustimmung zu der Aussage "Die Verhältnisse sind so kompliziert geworden, dass ich mich kaum mehr zurecht finde"

Angst bezüglich des eigenen Lebensstandards im Alter

Betrachtet man, wie Angst vor sozialem Abstieg im Alter und das Niveau an Politikvertrauen – auch bezogen auf das demokratische System als Ganzem – korrelieren, dann zeigt sich, dass diese Angst auch hier einen signifikanten negativen Effekt auf das Vertrauensniveau hat (siehe Abbildung 6) – wobei kaum sozioökonomische Einflüsse vorliegen. Unabhängig von solchen Einflüssen korreliert also die Angst vor Abstieg im Alter mit geringem Institutionenvertrauen. Letzteres findet sich besonders stark bei denen, die nicht den etablierten Parteien (einschließlich der „Linken“) zugeneigt sind. Subsumiert man diejenigen, die für die AfD oder kleine Parteien votieren bzw. sich als Nichtwähler bezeichnen unter eine Kategorie der „Parteiverdrossenen“, welche wenigstens potenziell für ein etablierten politischen Institutionen entgegen gebrachtes Misstrauen stehen, kann jedenfalls aus den Daten herausgelesen werden, dass der Zusammenhang von Angst vor Unterversorgung im Ruhestand und Institutionenskepsis durchaus stark ausgebildet ist.²⁷

27 Die Regressionstabelle A5 (im Anhang) enthält die Auswertung über die drei Dimensionen allgemeinen politischen Vertrauens (Demokratie, Politik, Bundesregierung) hinweg; sie zeigt auch, dass es bei Männern und Personen in Partnerschaften Effekte gibt.

Abbildung 6: Politisches Vertrauen nach soziodemografischen Variablen (Mittelwerte)



3. Diskussion und Fazit

Die Reformen des Systems der Alterssicherung haben schon heute spürbare Folgen – nicht nur im Hinblick auf den allseits diskutierten sukzessiven Anstieg der Altersarmut, sondern auch, wie unsere Analyse plausibilisiert, im Gefühls- und Vertrauenshaushalt von relevanten Teilen der deutschen Bevölkerung. Im Lichte vorheriger Studien und auch angesichts der Tatsache, dass wir unserer Analyse zwei verschiedene Begründungen zu Grunde legen könnten, erscheinen

uns die ermittelten Zusammenhänge durchaus robust. Erkennbar wird, dass die Aussicht auf eine unsichere Versorgung im Ruhestand mit offen deklarierten Angstgefühlen sowie einem geringen Vertrauen in jene Institutionen korrespondieren kann, die für die Organisation der Alterssicherung zuständig sind bzw. sein sollen. Dass gilt im Übrigen auch für die Grundsicherung, der hier offenbar wenig zugetraut wird.

Natürlich sind Ängste vor Armut und Abstieg im Alter nur für Teile der Befragten wirklich eklatant. Je schlechter die sozioökonomische Ausgangslage, desto größer sind die Befürchtungen, im Alter nicht hinlänglich versorgt zu sein. Für die unterste Mittelschicht (im 2. Einkommensquintil) könnte der drohende Lebensstandardverlust besonders spürbar werden, denn hier erwartet man einen wahrscheinlich unrealistisch hohen Einkommensersatz im Ruhestand. Generell treten negative Gefühle auch bei Personen auf, die aktuell nicht wirtschaftlich benachteiligt scheinen. Möglicherweise sind es jene, die besonders stark um ihren sozialen Status besorgt und extrem stabilitätsorientiert sind (die „bürgerliche Mitte“ im Konzept der Sinus-Milieus). Insofern ergäbe sich hier eine Schnittmenge mit dem bei den letzten Wahlen aufgetretenen Votum für eine etablierten politischen Institutionen grundsätzlich misstrauende AfD. Alles in allem scheint die Furcht vor dem sozialen Abstieg im Alter *als solche* also keine „Klassenfrage“ zu sein: Bezogen auf die Angst vor einem solchen Abstieg hat das Einkommen zwar einen starken Effekt; trotzdem gibt es sie in allen Einkommenslagen.

Zugleich korrespondiert Zukunftsangst mit geringem Institutionenvertrauen auch dann, wenn für sozioökonomische Effekte kontrolliert wird. Nun könnte angesichts der Befunde argumentiert werden, dass gerade die Verschiebung der Zuständigkeiten innerhalb des Mehrsäulenmodells den Bürger*innen *wenig* Sorge bereitet, da diese meinen, dass die nicht-staatlichen Säulen im Vergleich besser funktionieren. Tatsächlich scheint die Verunsicherung im Hinblick auf die private und besonders die betriebliche Alterssicherung geringer als die, die das gesetzliche System betrifft. Allerdings kann dies auch kaum überraschen, denn letzteres befindet sich aus der Erfahrung der Versicherten heraus im – sozialpolitisch vorprogrammierten – Sinkflug (aufgrund der sukzessive an Reichweite abnehmenden Einkommensersatzfunktion), während die kapitalgedeckten Säulen offiziell als „Hoffnungsträger“ gelten und so auch nach wie vor von der Politik wie von weiten Teilen der Medien beworben werden – wobei sich über deren Erträge gegenwärtig eben nur spekulieren lässt. Im Übrigen ist das Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung nicht in allen Schichten gleich stark erschüttert – die Bezieher*innen mittlerer Einkommen sehen hier beispielsweise weniger Probleme als wohlhabende Kreise.

Außerordentlich bemerkenswert erscheint jedoch, dass denjenigen Institutionen, die die kapitalgedeckte Altersvorsorge *de facto* organisieren (sollen),

ein besonders niedriges Vertrauen entgegengebracht wird, während ein größerer Teil der Befragten meint, die private Vorsorge *als solche* funktioniere (relativ) gut. Über die Hintergründe dieser Diskrepanz zwischen der Perspektive auf das „Funktionieren“ der einzelnen Säulen und dem Institutionenvertrauen gibt unsere Untersuchung keinen Aufschluss. Möglicherweise besteht hier schlicht eine kognitive Dissonanz in der Weise, dass man von der verbreitet propagierten Alternative zum gesetzlichen System unter den aktuellen Bedingungen mehr erwartet (bzw. notgedrungen mehr erwarten *muss*) als vom Staat, sich aber gleichzeitig, sobald – auch angesichts der Erfahrungen in der Finanzkrise – konkret über die für diese Alternative institutionell zuständigen Instanzen nachgedacht wird, ein ungutes Gefühl einstellt. Wie dem auch sei: Es scheint, dass Viele jenen Institutionen, die für die Organisation der Alterssicherung zuständig sind bzw. erklärt werden, nicht zutrauen, die Alterssicherung angemessen zu gewährleisten.

Was unsere auf Zukunftsperspektiven der Bevölkerung bezogenen Befunde also andeuten, ist gewissermaßen ein unruhiger Blick nach vorn – und dabei geht es wahrscheinlich um mehr bzw. anderes als Irritationen wegen der jüngsten Fluchtbewegungen bzw. damit zusammenhängender kultureller Befremdungen. Die institutionelle Verunsicherung durch die Rentenreformen der Vergangenheit trifft breitere Teile der Bevölkerung, und es dürfte nicht zuletzt das Gefühl einer unwahrscheinlich gewordenen Lebensstandardsicherung im Alter sein, das Viele irritiert und unter Umständen eine mentale Abkehr von etablierten Institutionen provoziert – oder mitunter gar erratische Reaktionen auf anderen Schauplätzen, z.B. in Gestalt offener Aggressionen gegenüber Minderheiten.

Nicht wenig spricht dafür, dass sich hier eine spezifische „Angstspirale“ entwickelt (hat): Bei jenen Bundesbürger*innen, die subjektiv ein hohes Maß an Zukunftsangst (auch) im Hinblick auf ihre Absicherung im Alter spüren, ist zugleich das Vertrauen in Instanzen angegriffen, die genau dieser Angst begegnen könnten. Hier kommt es zu massivem Kontrollverlust bei gleichzeitig hohem Handlungsdruck – eine typische Quelle von Angstgefühlen (vgl. Betzelt/Bode 2017: 197-200). Diese Spirale umfasst die als Ersatz für die gesetzliche Rentenversicherung gehandelten „Treuhand“ der privaten Altersvorsorge ebenso wie die Politik als regulatorische Instanz, welche – beispielsweise durch Änderungen bei Steuerzuschüssen oder am relativen Rentenniveau – theoretisch ja durchaus Zukunftsängste zerstreuen könnte. Genau diese Erwartung scheinen indes viele Menschen im Lande *nicht* (mehr) zu hegen. Zumindest bei jenen, die (in Befragungen) konkrete Ängste artikulieren, scheint der Nexus von Handlungsdruck und Kontrollverlust dramatischere Züge anzunehmen: Man ahnt, dass es – im Hinblick auf die Statussicherung oder auch eine Rente ohne Grundsicherung – eng werden könnte am Lebensabend, sieht aber gleich-

zeitig eine Ohnmacht bei sich selbst *und* bei den klassischen wie neueren Treuhändern der Alterssicherung.

Allerdings besteht hier weiterer Forschungsbedarf: Wie sich die Koinzidenz von Zukunftsangst und mangelndem Institutionenvertrauen im Einzelnen herstellt, können die von uns ausgewerteten Daten nicht aufklären. Hier muss – auch mit Hilfe qualitativer Studien – nachgefasst werden. Generell ist zu fragen, inwieweit Wahrnehmungen und darauf bezogene Gefühlslagen in der Bevölkerung auch insofern sozial konstruiert werden, als sie Kommunikationen in der politischen und Medienöffentlichkeit folgen und nicht alleine persönlichen Lebenslagen und -perspektiven. Zwar spielen – wie wir aus anderen Untersuchungen wissen (Bode/Wilke 2014: 187ff) – Informationen aus Medien beim *praktischen* Zugang zur privaten Altersvorsorge eine untergeordnete Rolle. Orientierungen, die sich auf lange Zeithorizonte beziehen, sind indes ebenso wenig durch rationale Abwägungen geprägt (Wilke 2016). Insofern läge es nahe, diesbezügliche Empfindungen in einen Zusammenhang mit öffentlich kursierenden Deutungsangeboten zu bringen, die die zukünftigen Möglichkeiten und Grenzen der Alterssicherung betreffen.²⁸ In jedem Fall sollte dem Verhältnis von Zukunftsangst und Institutionenskepsis weiter auf den Grund gegangen werden, um Dynamiken hinter und jenseits der o.g. „Angstspirale“ zu entschlüsseln und so auch die auf die vergangenen Reformbewegungen bezogene Folgenabschätzung um Einsichten in das zu bereichern, was diese Bewegungen im Gefühlshaushalt der Bevölkerung ausgelöst haben und zukünftig noch auslösen werden.

Literatur

- Aner, Kirsten 2018. „Lauter 'aktive Alte' – wer interessiert sich für den 'Rest'?“ In *Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens*, hrsg. v. Anhorn, Roland; Schimpf, Elke; Stehr, Johannes, S. 277-290. Wiesbaden: Springer VS.
- Arzheimer, Kai 2002. *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs*. Wiesbaden: Springer VS.
- Bäcker, Gerd 2016. „Altersarmut, Lebensstandardsicherung und Rentenniveau“, in *Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie*, hrsg. v. Naegele, Gerhard; Obermann, Elke; Kuhlmann, Andrea, S. 63-82. Wiesbaden: Springer VS.
- Belok, Felicitas; Faus, Rainer 2017. *Kartographie der politischen Landschaft in Deutschland*. Gutachten für die Friedrich-Ebert Stiftung. Die wichtigsten Ergebnisse in Ostdeutschland. *Empirische Sozialforschung* 8. Bonn: FES.

- Betzelt, Sigrid; Bode, Ingo 2017. „Fatal funktional? Angstmobilisierung im liberalisierten Wohlfahrtskapitalismus“, in *Leviathan* 45, 2, S. 192-220
- Bode, Ingo 2015. „Alterssicherung und Erwerbsminderung aus sozialwissenschaftlicher Sicht: Formen, Gründe und Folgen der Entkollektivierung“, in *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. BSG-Entscheidungsfindung und die Sozialstaatsforschung*. Band 2, hrsg. v. Matusch, Peter et al., S. 65-82. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Bode, Ingo; Wilke, Felix 2013. „Alterssicherung als Erfahrungssache. Private Vorsorge und neue Verarmungsrisiken“, in *Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut*, hrsg. v. Vogel, Claudia; Motel-Klingebiel, Andreas. Wiesbaden: Springer VS: 175-192.
- Bode, Ingo; Wilke, Felix 2014. *Private Vorsorge als Illusion. Rationalitätsprobleme des neuen deutschen Rentenmodells*. Frankfurt/New York: Campus.
- Bude, Heinz 2014. *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar 2016. *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger "Mitte"-Studie 2016*. Universität Leipzig/Otto-Brenner Stiftung/Heinrich-Böll-Stiftung/Rosa Luxemburg-Stiftung.
- Emmenegger, Patrick; Marx, Paul; Schraff, Dominik 2017. „Gescheiterte Berufseinstiege und politische Sozialisation. Eine Längsschnittstudie zur Wirkung früher Arbeitslosigkeit auf politisches Interesse“, in *Zeitschrift für Soziologie* 46, 3, S. 201-218.
- Etzemüller, Thomas 2016. „Wie Hase und Igel. Social engineering und Kontingenz in der ambivalenten Moderne“, in *Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenz in der Geschichte*, hrsg. v. Becker, F.; Scheller, B.; Schneider, U., S. 139-160. Frankfurt/New York: Campus.
- Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Suchta, Jan-Philipp 2017. „Lebenszufriedenheit und ihre Verteilung in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme“, in *IFO Schnelldienst* 70, 9, S. 19-30.
- Flatschart, Elmar 2016. „Multiple Krise und politische Regulation. Gesellschaftlicher Wandel unter post-politischen Bedingungen?“ In *Gesellschaft im Wandel. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Prinzipien*, hrsg. v. Fritz, Judith; Tomaschek, Nino, S. 81-96. Münster/New York: Waxmann.
- Fröhlich, Werner; Ganser, Christian; Köhler, Eva 2016. *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern*. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.
- Gabler, Siegfried; Häder, Sabine 2002. *Telefonstichproben: methodische Innovationen und Anwendungen in Deutschland*. Münster/New York: Waxmann Verlag.
- Giesselmann, Marco et al. 2017. „Politikziele im Spiegel der Bevölkerung: Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung weiterhin am wichtigsten“, in *DIW Wochenbericht* 9, S. 139-151.
- Götte, S./Aproxima Sozialforschung/BMAS 2015. *Wahrnehmung von Armut und Reichtum in Deutschland. Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „ARB-Survey 2015“*. Weimar: Aproxima.
- Haan, Peter et al. 2017. *Entwicklung der Altersarmut bis 2036. Trends, Risikogruppen und Politik-szenarien*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Haupt, Marlene; Yollu-Tok, Aysel 2014. „Ergänzende Altersvorsorge: Akzeptanz, Vertrauen und Ausgestaltung aus Verbrauchersicht“, in *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 83, 3, S. 19-39.

- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. 2016. *Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates. Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hinrichs, Karl 2017. „Alterssicherungspolitik“, in *Sozialpolitik aus politikfeldtheoretischer Perspektive*, hrsg. v. Reiter, Renate, S. 341-395. Wiesbaden: Springer VS.
- Hurrelmann, Klaus, Karch, Heribert; Traxler, Christian 2016. *Jugend, Vorsorge, Finanzen. Zwischen Eigenverantwortung und Regulierung – Lösungsansätze in Deutschland und Europa*. Weinheim/München: Juventa.
- Key, Wesley; Culliney, Martin 2018. „The Oldest Old and the Risk of Social Exclusion“, in *Social Policy & Society* 17, 1, S. 47-64.
- Kohl, Jürgen 2016. *Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Lange, Hendrik 2018. *Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lengfeld, Holger; Ordemann, Jessica 2017. „Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die mittlere Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft“, in *Zeitschrift für Soziologie* 46, 3, S. 167-184.
- Nachtwey, Oliver 2016. *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- OECD 2015. *Pensions at a Glance 2015. OECD and G20 indicators*. Brüssel.
- Olivera, Javier; Ponomarenko, Valentina 2017. „Pension Insecurity and Wellbeing in Europe“, in *Journal of Social Policy* 46, 3, S. 517-542.
- Sörensen, Paul 2016. *Entfremdung als Schlüsselbegriff einer kritischen Theorie der Politik*. Baden-Baden: Nomos.
- Taylor-Gooby, Peter 2005. „Uncertainty, Trust and Pensions: The Case of the Current UK Reforms“, in *Social Policy & Administration* 39, 3, S. 217-232.
- Ullrich, Carsten G. 2008. *Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster*. Wiesbaden: VS Springer.
- Vehrkamp, Robert; Wegschaidner, Klaudia 2017. *Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Wilke, Felix 2016. *Sparen für unsichere Zeiten. Die schwierige Organisation privater Altersvorsorge*. Wiesbaden: Springer VS.